

Deutschland-Gütersloh: Bauarbeiten
OJ S 139/2023 21/07/2023
Auftragsbekanntmachung
Bauleistung

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gewerbepark Flugplatz Gütersloh GmbH
Postanschrift: Carl-Bertelsmann-Straße 29
Ort: Gütersloh
NUTS-Code: DEA42 Gütersloh
Postleitzahl: 33332
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Frau Winter
E-Mail: a.winter@e-coo.de
Telefon: +49 17630552847
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://gewerbepark-flugplatz-gt.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.evergabe.de/unterlagen/2759886/zustellweg-auswaehlen>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.evergabe.de>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Stadtentwicklung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Flughafen Nord Gütersloh - Gewässerumlegung
Referenznummer der Bekanntmachung: FNG 01/2023

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

45000000 Bauarbeiten

II.1.3. Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Gewässerumleitung

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA42 Gütersloh

Hauptort der Ausführung: Gütersloh, DE

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Inhalt der der Baumaßnahme ist die Verlegung und Renaturierung des Welplagebaches in Gütersloh und Harsewinkel, Kreis Gütersloh, Regierungsbezirk Detmold durch die Gewerbepark Flugplatz Gütersloh GmbH.

Die naturnahe Veränderung des Welplagebaches erfolgt auf einer Länge von rund 795 m. Die Maßnahmenflächen besitzen insgesamt eine Flächengröße von rund 102.384 m². In den drei Abschnitten des neutrassierten Gewässers kommt es zum Teil zu Abgrabungen des Geländes zwischen dem heutigen Bachbett und dem neuen Bachbett sowie umliegenden Bereichen:

- Westlicher Abschnitt: bis zu 1,3 m

- Mittlerer Abschnitt: bis zu 1,7 m

- Östlicher Abschnitt: keine Abgrabungen des Geländes außerhalb des neuen Bachlaufs

Neben der Neugestaltung des Gewässerlaufs und der Gewässersohle ist südlich des neuen Gewässerlaufs die Entwicklung von gewässerbegleitenden Gehölzen vorgesehen. Nördlich des neuen Gewässerlaufs ist die Entwicklung offener, magerer und extensiv genutzter Grünländer vorgesehen.

Die Aushubböden werden überwiegend zur Anhöhung der Gewerbegrundstücks auf der Südseite des Welplagebaches verwendet. Überschüssiger Oberboden ist abzufahren.

Ausführungszeitraum: September 2023 bis Februar 2024

Hauptmassen:

- Ca. 8.500 cbm Oberboden abtragen, lagern und wieder andecken

- Ca. 18.000 cbm Oberboden abtragen und abfahren

- Ca. 13.000 cbm Boden lösen, transportieren und wieder einbauen

- Ca. 44.000 qm Wieseneinsaat

- Ca. 1.750 cbm Schotter für Baustraßen liefern und einbauen

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 11/09/2023 Ende: 29/03/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Bieter hat im Formblatt 124 (Eignung) Angaben zu Umsätzen des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren zu machen, soweit die Umsätze Bauleistungen und andere Leistungen betreffen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung (gem. Ziff. III.1.1 bis III.1.3 dieser EU-Bekanntmachung, einschließlich dem

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. Ziff. VI.3) durch den Eintrag ins

Präqualifikationsverzeichnis und ggf. ergänzt durch Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese geeignet sind.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch Einzelnachweise. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der PQ-Nummer, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Bieter hat im Formblatt 124 (Eignung) eine Eigenerklärung abzugeben, dass er in den letzten fünf Kalenderjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt hat. Als Mindestanforderung ist eine Referenz über vergleichbare Leistungen anzugeben. Vergleichbar sind Referenzen, deren Gegenstand sowohl von der Art als auch vom Umfang her dem Ausschreibungsgegenstand zumindest nahekommt.

Folgende Angaben sind gefordert:

1. Bezeichnung der Leistung / Kurzbeschreibung
2. Auftraggeber mit Anschrift
3. Ansprechpartner mit Kontaktdaten (Telefonnummer oder E-Mail)
4. Leistungserbringung als Hauptauftragnehmer, Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft oder Nachauftragnehmer
5. Ort der Leistung
6. Leistungszeitraum
7. Nettoauftragswert in EUR

Der Bieter hat mit dem Angebot anzugeben, ob er Mitglied der Berufsgenossenschaft ist, unter Angabe der Berufsgenossenschaft.

Für präqualifizierte Unternehmen und zur Verwendung der EEE siehe Hinweise in Ziff. III.1.2) dieser Bekanntmachung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 17/08/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 17/09/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 17/08/2023 Ortszeit: 10:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Strasse 9

Ort: Münster

Postleitzahl: 48147

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Telefon: +49 2514111691

Fax: +49 2514112165

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Auf die gesetzlichen Rügeobliegenheiten des § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB wird hingewiesen.

Hiernach ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit 1.) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht

spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4.) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

17/07/2023